



DIE WAHLKREISE

Südtirol wird in elf Wahlkreise eingeteilt: zehn Bezirkswahlkreise plus ein Landeswahlkreis.

Jedem Bezirk stehen so viele Landtagsmandate zu, wie es seiner Bevölkerungsstärke entspricht. Laut Simulation von Global Forum Südtirol wären dies: fünf für Bozen, je vier für Pustertal und Überetsch-Unterland, je drei für Burggrafenamt und Eisacktal, je zwei für Meran, Salten/Schlern und Vinschgau sowie je eines für Wipptal und Ladinien.

Das macht insgesamt erst 27 Sitze, während heute 35 Mandate den Landtag bilden. Die restlichen acht Sitze werden über den Landeswahlkreis vergeben.

Die Einteilung in zehn Bezirks- und einen Landeswahlkreis ermöglicht zweierlei:

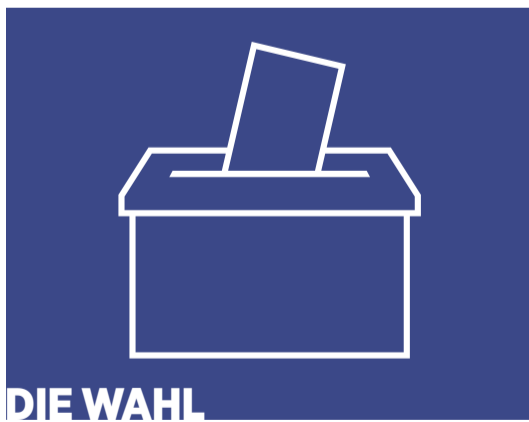
1. Abgesehen davon, dass dank Wahlkreisen jedem Bezirk eine politische Vertretung gemäß seinem Bevölkerungsanteil gesichert wird, steigen in solchen Bezirkswahlkreisen die Wahlchancen für fähige Personen, die auf Bezirksebene geschätzt werden, auf Landesebene aber weniger bekannt sind – und folglich mit dem heutigen Wahlsystem teure Wahlwerbung betreiben müssen oder mangels Erfolgsaussichten gar nicht kandidieren. Dies könnte für manche „gute Leute“ die Hemmschwelle senken, in die Politik zu gehen.
2. Damit im Landtag dann nicht ausschließlich Bezirksdenken Einzug hält, gibt es den Landeswahlkreis. Dort können sich südtirolbekannte Persönlichkeiten für ein Mandat bewerben. Sie sind sozusagen jene Kandidaten, die für ganz Südtirol denken – entsprechend könnte dieser Landeswahlkreis das zentrale Reservoir für die Bildung der Landesregierung sein.



POLITIKER IM HAUPT- ODER NEBENBERUF?

Grundsätzlich sollten laut GFS-Vorschlag nur der Landeshauptmann und die Landesräte hauptberuflich Politik betreiben. Die einfachen Landtagsabgeordneten sollten hingegen in ihrem Beruf bleiben.

Bei dieser Überlegung kommen wieder die Wahlkreise ins Spiel: Wäre der Landeswahlkreis das Hauptreservoir für die Landesregierung, könnten sich dort jene Persönlichkeiten bewerben, die sich ein hauptberufliches Politikengagement vorstellen könnten, während sich über die Bezirkswahlkreise jene Personen bewerben, die Politik nur als Nebenberuf – und folglich als einfache Landtagsabgeordnete – ausüben möchten.



DIE WAHL

Jeder Wähler hat so viele Vorzugsstimmen zur Verfügung, wie in seinem Bezirkswahlkreis Sitze zu vergeben sind – z. B. fünf in Bozen oder eine im Wipptal. Zusätzlich kann er bzw. sie im Landeswahlkreis acht Stimmen zuteilen, weil dort acht Mandate zu vergeben sind. Jeder Wähler kann, wenn er will, auch alle seine Vorzugsstimmen einem einzigen Kandidaten geben. Und er kann „panaschieren“, das heißt seine Stimmen auf Kandidaten verschiedener Parteien aufteilen. Das System ist keine neue Erfindung, sondern funktioniert in der Schweiz schon. Kumulieren und Panaschieren erhöht den politischen Wettbewerb zwischen den Kandidaten.



Wir haben die Wahl

POLITIK – Während die Landtagswahl 2018 naht, haben Christian Girardi und Reiner Eichenberger einen ziemlich **revolutionären Reformvorschlag für künftige Wahlen** vorgelegt. Das Vorbild

ist die Schweiz, die Grundlage das Autonomiestatut. Der Vorschlag gehört diskutiert – mindestens.

Bozen – Über das allererste „White Paper“ von Global Forum Südtirol (GFS) ist bereits in mehreren Medien berichtet worden. Die Autoren, GFS-Gründer Christian Girardi und der Schweizer Universitätsprofessor Reiner Eichenberger, schlagen einen grundlegenden Umbau des Südtiroler Wahl- und Politiksystems vor. Sie sind überzeugt, dass ihr wissenschaftlicher Vorschlag dazu taugt,

- die Politik wieder näher an die Bürger zu bringen,
- der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken,
- die „besten Köpfe“ stärker als bisher für ein politisches Engagement zu motivieren,
- die gesellschaftliche Vielfalt besser in der Landespolitik abzubilden, und zwar sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung.

Ernsthaft prüfen – und erst dann für gut oder schlecht befinden

Weil dies alles vielversprechend klingt, verdient es sich das „White Paper“ nicht, in irgendeiner Schublade zu verschwinden, ohne zuerst ernsthaft diskutiert und geprüft worden zu sein. Aus diesem Grund greift die SWZ auf dieser Seite fünf Aspekte des Vorschlags heraus – als Beitrag sozusagen, um eine Diskussion auf breiter Ebene zu ermöglichen.

Die direkt Betroffenen nämlich, die

Politiker, haben sich bisher mit Stellungnahmen zum Vorschlag nobel zurückgehalten – vielleicht weil sie keine Notwendigkeit für eine Reform sehen, vielleicht aber auch weil sie zuerst prüfen möchten, wie sich die Reform auf ihre eigene Partei auswirken würde. Der Einzige, der sich bisher (sehr positiv) geäußert hat, ist Paul Köllensperger vom Team Köllensperger. „Sollte der Wählerwille uns zum Mitregieren befähigen“, dann werde der „gut recherchierte Vorschlag“ in der nächsten Legislaturperiode „eine bedeutende Rolle bei den Überlegungen und Handlungen rund um eine grundlegende Überholung unseres politischen Systems spielen“, schreibt Köllensperger in einer Aussendung.

Das GFS versteht sich als eine Art Denkfabrik für Südtirols Weiterentwicklung. Schwerpunkt der Tätigkeit ist ein Jahresevent (heuer am 14. September zum Thema „Smart Südtirol – digitales Chaos oder mehr Lebensqualität?“), dazu gibt es andere Initiativen. Weitere „White Paper“ zu verschiedenen Themen sollen laut Girardi folgen.

Christian Pfeifer
 christian@swz.it

INFO Das gesamte White Paper ist im Internet unter www.globalforum-suedtirol.com (unter GFS-Impulse) abrufbar.



DER DOPPELPROPÖRZ

Jetzt wird's kompliziert. Der Doppelproporz, nach dem die Landtagsitze laut GFS-Vorschlag zugeteilt werden, fußt auf einem Rechenverfahren, das vom Mathematiker Friedrich Pukelsheim ausgearbeitet wurde und in mehreren Kantonen und Städten der Schweiz bereits zur Anwendung kommt. Den Anfang machte 2006 der Kanton Zürich.

Vereinfacht ausgedrückt, werden zunächst alle Vorzugsstimmen, welche die einzelnen Kandidaten in den Wahlkreisen gesammelt haben, auf Landesebene zusammengezählt. Daraus ergibt sich, wie heute, das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien – und die Anzahl der Landtagsitze, welche den verschiedenen Parteien zustehen.

Dann – und deshalb nennt sich das Ganze Doppelproporz – werden die errungenen Sitze den Bezirken zugeteilt. Angenommen, die SVP käme landesweit auf 48 Prozent der Stimmen, so stünden ihr 48 Prozent der Landtagsitze zu. Stark vereinfacht, kämen jene SVP-Bezirkskandidaten zum Zug, die in ihrem jeweiligen Bezirk prozentuell am besten abgeschnitten haben. Beispiel: Bei 48 Prozent der Stimmen hätte die SVP Anrecht auf 13 Bezirksmandate. Also kämen die 13 bestgewählten SVP-Bezirkskandidaten zum Zug. Wäre ein Pusterer SVP-Kandidat mit 43 Prozent die Nummer 13 und ein Unterlandler SVPLer mit 42 Prozent die Nummer 14, erhielte der Pusterer den Vorzug. Der Unterlandler SVPLer hingegen bliebe auf der Strecke, selbst wenn sein Freiheitlicher Bezirkskonkurrent nur 35 Prozent der Stimmen gesammelt hätte. Ungerecht? Auch heute schon sitzt im Landtag ein Andreas Pöder mit 3.045 Vorzugsstimmen, während die SVPLerin Heidi Felderer mit 6.775 Stimmen draußen blieb.

Reiner Eichenberger, Mitautor des Vorschlags und Professor für Theorie der Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg, sagt: „Mit dem neuen System konkurrieren die Kandidaten nicht nur bezirksintern, sondern sie konkurrieren gleichzeitig mit Parteikollegen in anderen Talschaften. Sie müssen relativ besser abschneiden als die Parteikollegen in anderen Bezirken. Die Mehrheit der Stimmen im eigenen Bezirk reicht nicht zwingend.“



DIE REGIERUNG

Während in der aktuellen Landesregierung bestehend aus SVP und PD laut den White-Paper-Autoren Christian Girardi und Reiner Eichenberger 52,4 Prozent des Wählerwillens vertreten sind, sind es laut ihrem Vorschlag in Zukunft mindestens zwei Drittel.

Wenn die Regierungskoalition größer wird, müssen mehr Parteien als bisher Verantwortung übernehmen. Der Nachteil ist, dass die Entscheidungsfindung wohl erschwert wird. Der Vorteil hingegen ist, dass das aktuelle polarisierende Gegeneinander von Mehrheit und Opposition aufgebrochen wird. „Das eine ist, aus der Opposition heraus zu kritisieren. Etwas anderes ist das Regieren“, beschreibt der Schweizer Universitätsprofessor Reiner Eichenberger die Vorzüge des Vorschlags.

Ein zusätzlicher – aber nicht zwingend notwendiger – Detailvorschlag wäre eine freiwillige Rotation im Amt des Landeshauptmanns. Jeder Landesrat wäre dann irgendwann der „Chef“, was die Landesräte aufwerten und auf ein- und dieselbe Augenhöhe bringen würde. Die Diskussion in der Regierung würde dadurch „konstruktiver und machtfreier“, sagen die Autoren des Vorschlags. Südtirol bekäme erstmals einen italienischen Landeshauptmann und erstmals eine Landeshauptfrau.